

Absender:

**SPD-Fraktion im Rat der Stadt /
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt**

23-22375
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Umsetzung des Rechtsanspruchs Ganzttag / Aufnahme in die TO
der Sitzung am 22.11.2023**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

02.11.2023

Beratungsfolge:

Jugendhilfeausschuss (Entscheidung)

22.11.2023

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, gemäß § 49 (2) der Geschäftsordnung vom 16. November 2021 (für den Rat, den VA, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt BS) in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22. November 2023 den Punkt „Umsetzung des Rechtsanspruchs Ganzttag“ aufzunehmen.

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes sollen die nächsten Schritte zur Umsetzung des Rechtsanspruchs für Grundschulkinder ab 2026 / 2027 besprochen werden, nachdem vom Kultusministerium Niedersachsen der allgemeine Rahmen für die Umsetzung in Niedersachsen bekannt gegeben wurde.

Die Verwaltung wird zudem gebeten, unter diesem TOP die bisher bekannten Vorstellungen des Landes Niedersachsen und die Auswirkungen für die Stadt Braunschweig darzustellen.

Sachverhalt:

Begründung erfolgt mündlich.

Anlagen:

Keine.